A2 Bezahlkarte diskriminiert Geflüchtete, Leistungsausschluss nicht vereinbar mit Verfassungs- und Europarecht

Antragsteller*in: Tim Strähnz (KV Jena)
Tagesordnungspunkt: 10 Sonstige Anträge

Antragstext

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für menschenrechtsbasierte Politik auch in
- 2 Thüringen
- In allen Thüringer Landkreisen und der Stadt Gera wurden seit 2023/24
- 4 unterschiedlichste sogenannte Bezahlkarten für Geflüchtete eingeführt. Getarnt
- unter dem Vorwand der Praktikabilität ging es vielen Landräten und auch der
- aktuellen Landesregierung augenscheinlich um rassistische Motive: den Aufenthalt
- ⁷ für Geflüchtete in Thüringen so unangenehm wie möglich zu machen.
- 8 Bündnis 90/Die Grünen Thüringen setzen sich stattdessen für eine
- menschenrechtsbasierte Migrationspolitik ein. Wir wollen Integration
- ermöglichen, Teilhabe sichern und Geflüchteten eine echte Perspektive bieten.
- Deshalb fordern wir:
 - Eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung von Integrationsprojekten, Beratung und Sprach- und Integrationsangeboten mindestens auf dem Niveau von 2025.
 - Ein Integration- und Teilhabegesetz in Thüringen, dass Integrationsmaßnahmen verlässlich absichert.
 - Basiskonten für alle Geflüchteten statt diskriminierender Bezahlkarten
 - Die Existenzsicherung aller Menschen und ein Ende des Leistungsausschlusses für Dublin-Verfahrens-Betroffene.
 - Schluss mit der Gängelung Betroffener und stattdessen die Abschaffung aller Hürden beim Übergang zum Arbeitsmarkt- und in Bildung.
 - Aufbau einer oder mehrerer menschenwürdiger Erstaufnahmeeinrichtungen mit geeigneter Infrastruktur und Anbindung sowie Zugang zu Beratung, Betreuung und medizinischer Unterstützung.
 - Schließung der menschenrechtswidrigen Abschiebehaftanstalt und Nutzung der freiwerdenden finanziellen Mittel für Integrationsprojekte.
- Am 4Juni 2025 unterzeichneten der Thüringische Landkreistag und der Gemeindeund Städtebund Thüringen sowie das zuständige Ministerium TMJMV eine
- Rahmenvereinbarung über die Einführung und den Betrieb einer Landesbezahlkarte
- für Empfänger*innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- (AsylbLG) in Thüringen. Dieser Rahmenvereinbarung traten in der Folge auch die
- bis dato nicht beteiligten Städte Erfurt und Weimar bei. Stadtratsbeschlüsse
- dazu gab es nicht, die Oberbürgermeister begründeten dies mit dem Handeln im
- 34 übertragenen Wirkungskreis.

- Die Rahmenvereinbarung beruft sich auf die zwischen Bundes- und
- Landesregierungen geeinten Mindeststandards und beinhaltet darüber hinaus die
- Regelungen, dass die Nutzung der künftigen Landesbezahlkarte auf die
- Bundesrepublik beschränkt ist, die Karte als Bargeldersatz mit eingeschränktem
- 39 Anwendungsbereich gilt, Onlinekäufe und Money Transfer Services ebenso
- 40 ausgeschlossen sind, wie bestimmte Händlergruppen und Branchen und
- 41 Bargeldabhebungen monatlich auf 50 Euro pro Leistungsempfänger*in beschränkt
- werden. Ausnahmen soll es für Aufwandsentschädigungen für sog.
- 43 Arbeitsgelegenheiten geben, diese können entweder bar ausgezahlt oder ggf. auch
- 44 über die Karte abgehoben werden.
- Die Erfahrung mit den bereits seit Ende 2023/Anfang 2024 in Thüringen
- eingesetzten Bezahlkarten zeigt, dass Geflüchtete damit massiv benachteiligt
- 47 sind und diskriminiert werden. Eine Teilhabe am gesellschaftlichen und
- 48 kulturellen Leben wird so weiter erschwert. Leidtragende sind schon jetzt alle
- 49 davon Betroffenen.
- So ist beispielsweise Bargeld häufig Voraussetzung für die Nutzung von
- Flohmärkten und Gebrauchtmarktplattformen sowie öffentlichen Toiletten, den
- 52 Fahrkartenkauf im ÖPNV, die Teilnahme an Schulaktivitäten, die Bezahlung eines
- anwaltlichen Beratungsscheins oder eines Sprachkurses und vielem mehr.
- 54 Andererseits sind auch Überweisungen häufig Voraussetzung für
- 55 Dauerschuldverträge wie Telefonverträge, sodass den Betroffenen wesentliche
- Kommunikationskanäle fehlen. Alle diese Möglichkeiten müssen auch für
- Geflüchtete weiterhin offenstehen. Hinzu kommt, dass in der Praxis schon jetzt
- 58 Geflüchteten vielfach verwehrt wird, mit ihren Karten bspw. Gutscheine zu
- 59 erwerben.
- Dies erinnert nicht zufällig an die 1990er und 2000er Jahre, in denen viele
- Geflüchtete schlimme Erfahrungen mit Gutscheinen und den sogenannten
- 62 Kundenkontoblättern machen mussten. Deren Ablösung durch Bargeldzahlungen waren
- ein immenser Fortschritt und ein menschenrechtsbasierter Ansatz, um Teilhabe
- auch praktisch und monetär erfahrbar zu machen.
- In Thüringen organisiert derzeit maßgeblich die Seebrücke den Umtausch von
- 66 Gutscheinen, um Geflüchtete mit Bargeld zu versorgen und ihnen
- 67 Handlungsspielräume und ein kleines Stück Selbstbestimmung zu ermöglichen.
- Vor diesem Hintergrund sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen die landesweite
- 69 Einführung der diskriminierenden Bezahlkarte mit großer Sorge. Wir sind weiter
- 70 davon überzeugt, dass Basiskonten für alle eine sinnvolle und
- diskriminierungsfreie Alternative sind, die zudem den Verwaltungsaufwand in den
- 72 Kommunen drastisch senken würden.
- 73 Immer klarer wird, dass die Einführung diskriminierender Bezahlkarten für
- 74 Geflüchtete nur ein Einstieg in eine weitere Gängelung auch anderer
- Leistungsberechtigter ist. CDU-Ministerpräsident Voigt hat sich, inzwischen auch
- unterstützt von SPD-Innenminister Maier, in den letzten Wochen immer wieder
- 77 gegen den Bürgergeldbezug von Menschen aus der Ukraine positioniert und nicht
- nur aus Greiz und Sonneberg wurde von den Landräten vorgeschlagen, grundsätzlich
- 79 über Bezahlkarten für Bürgergeldempfänger*innen nachzudenken. Sogar SPD-Landräte
- 80 fordern mittlerweile, dass Sozialleistungen nur noch als Darlehen gewährt werden
- sollen. Hinzu kommen die Rufe nach einer generellen Arbeitspflicht für

- Leistungsbezieher*innen. Das alles ist nicht nur grundgesetzwidrig, sondern auch menschenverachtend.
- Noch drastischer trifft es Menschen im "Dublin Verfahren", die auch in Thüringen
- von jeglichen Sozialleistungen ausgeschlossen werden, wenn ihre Abschiebung
- angeordnet wurde und sie keine Duldung erhalten. Das bedeutet in der Konsequenz,
- dass Betroffene darunter auch Familien mit minderjährigen Kindern nur noch
- 88 maximal 2 Wochen Überbrückungsleistungen für das physische Existenzminimum
- 89 erhalten und danach der komplette Leistungsausschluss inklusive Obdachlosigkeit
- und Ausschluss von medizinischer Versorgung droht. Das ist nichts anderes als
- organisierte Verelendung. Insbesondere in Verbindung mit einer möglichen
- Verlängerung der DUBLIN-Frist ist dieses Vorgehen geeignet Menschen quasi in die
- Illegalität zu treiben, statt Perspektiven zu schaffen.
- Nicht nur wir sind davon überzeugt: Dieser drastische Leistungsausschluss ist
- 95 mit dem Verfassungs- und Europarecht nicht vereinbar. Auch die
- 96 Wohlfahrtsverbände kritisieren die Bundes- und Landesregierung und fordern die
- zuständige Ministerin, Beate Meißner, auf, die in Thüringen gängige
- grundrechtsverletzende Anwendung von § 1 Absatz 4 AsylbLG aufzugeben. Gemeinsam
- mit den Sozialverbänden fordern wir stattdessen eine verfassungskonforme
- Regelung, die sicherstellt, dass kein Mensch ohne Zugang zu existenzsichernden
- Leistungen bleibt.
- 102 Erst kürzlich hat die Landesregierung ihren Entwurf für den Doppelhaushalt
- 2026/2027 beschlossen. Dieser sieht drastische Kürzungen gerade auch für den
- 04 Bereich der Integration vor. Für die Sozialberatung in den Kommunen sowie die
- 105 gesamte Projektförderung sollen künftig nur noch 8 Millionen Euro zur Verfügung
- stehen statt 13 Millionen Euro wie noch 2025. Das hätte dramatische Folgen für
- of die Integrationsprojekte im Land sowie für die Beratung und Begleitung
- Geflüchteter und damit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das ist umso
- absurder in einem überaltertem Bundesland wie Thüringen, das auf Migration und
- 110 gelungene Integration so dringend angewiesen ist.
- Nicht nur vor diesem Hintergrund haben Kürzungen auf Bundes- und Europaebene
- drastische Auswirkungen, so dass beispielsweise Beratungs- und Therapieangebote
- von refugio thüringen e.V. zu einem großen Teil vor dem Aus stehen.
- Auch einen Plan, wo und wie Geflüchtete künftig menschenwürdig untergebracht
- us werden, wie ihnen Teilhabe und der Zugang zum Arbeitsmarkt besser ermöglicht
- wird, ist mit Blick auf die Brombeerkoalition nicht erkennbar.
- 117 Statt sich diesen dringenden Problemen in der Migrations- und
- 118 Integrationspolitik zu widmen, setzt die Brombeerkoalition auf ausgrenzende und
- falsche Symbolpolitik etwa mit dem Aufbau einer eigenen Abschiebehaft, die
- nicht nur teuer, sondern auch unnötig ist, da nur ein Bruchteil der
- Abschiebungen am Widerstand der Betroffenen scheitern.
- Die aktuellen Debatten rund um das Grundrecht auf Asyl und die Einschränkung von
- Menschenrechten sorgen in Thüringen für Angst und große Unruhe unter den
- Betroffenen und den in der Flüchtlingshilfe und Beratung Engagierten. Viele
- 125 Geflüchtete haben zudem Angst vor Übergriffen und Gewalt. Dazu tragen auch
- rassistische Narrative bei, die immer breiter ungeprüft in die Öffentlichkeit
- 127 getragen und verbreitet werden.

- 128 Wir Bündnisgrünen in Thüringen sind hervorgegangen aus der Bürgerrechtsbewegung
- in der DDR. Viele von uns eint die Erfahrung geschlossener tödlicher Grenzen.
- 130 Wir wissen: Kein Mensch flieht freiwillig.
- Wir stehen ohne wenn und aber für eine menschenrechtsbasierte Politik, die die
- 132 Würde jedes Menschen achtet.
- Uns ist bewusst, dass Integration keine Einbahnstraße, sondern ein Prozess ist,
- der Zeit, Geld, Ressourcen und vor allem aber Menschen braucht, die sich dafür
- stark machen und nicht gewillt sind, Hass und Hetze die Oberhand oder die Hoheit
- 136 über die Stammtische gewinnen zu lassen.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen danken all denen, die sich vor Ort für gelebte
- 138 Integration einsetzen, die Zugänge schaffen, Spurwechsel ermöglichen und das
- Miteinander stärken. Wir unterstützen zudem Initiativen wie die Seebrücke, die
- den Umtausch von Gutscheinen organisieren und so Solidarität praktisch erfahrbar
- 141 machen.

Unterstützer*innen

Astrid Rothe-Beinlich (KV Erfurt); Jasper Robeck (KV Erfurt); Ann-Sophie Bohm (KV Weimar); Arnd Strobel (KV Greiz); Madeleine Henfling (KV Ilm-Kreis); Christian Krohmann (KV Ilm-Kreis); Lara Sagehorn (KV Erfurt); Matthias Altmann (KV Weimar); Reinhard Loos (KV Erfurt); Knut Meenzen (KV Saale-Holzlandkreis); Thomas Schaefer (KV Erfurt); Thomas Grauel (KV Ilm-Kreis); Maximilian Volz (KV Weimar-Stadt); Marie Möller (KV Erfurt); Gabriele Herrmann (KV Weimar); Jacqueline Thieme (KV Saale-Holzlandkreis); Wiebke Hegemann (KV Erfurt); Christoph Schnegg (KV Weimarer Land); Christina Richter (KV Jena); Thomas Blankenburg (KV Ilm-Kreis); Clara Käßner (KV Gera); David Döring (KV Gera); André Nebel (KV Altenburg); Lisa Gersdorf (KV Jena); Liliane Holland-Reichert (KV Jena); Stefano Minardi (KV Jena); Judith Kalbhenn (KV Unstrut-Hainich)